Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern monatlich 90 Pfennig

Gedenkt unserer großen Toten
Lenin, Liebknecht, Luxemburg!
Hinein in die KPD!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen. Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 14. Januar 1930 — Nummer 11

Potemkins Geist in der Reichsmarine

Rachefeldzug der Admiralität gegen die Matrosen / Sechs Matrosen der „Hessen" aus der Reichsmarine ausgestoßen

Das Angstgeschrei der Bourgeoisie

Berlin, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Unzufriedenheit der Matrosen der Reichsmarine ist zu einer tiefgreifenden Gärung geworden. Auf dem Linienschiff „Hessen" sind dieser Tage 6 Matrosen auf einmal aus der Reichsmarine ausgestoßen worden, nur weil sie es gewagt haben, sich über die unerträglichen Dienstverhältnisse in der deutschen Reichsmarine zu unterhalten. Dabei haben sich die 6 herausgeworfenen Matrosen nicht einmal beschwert. Wie muß es in der deutschen Marine doch aussehen, wenn schon ein Gespräch unter Matrosen genügt, um die Matrosen über kurz oder lang zu maßregeln.

Wir fordern die sofortige Wiedereinstellung und die Wiederherstellung ihrer Versorgungsansprüche sowie die Nachzahlung des seit ihrer Entlassung ausstehenden Soldes.

Wie ernst die Marineleitung selbst die „Emden"-Meuterei einschätzt, geht daraus hervor, daß seit ihrem Bekanntwerden vor allen Verkehrslokalen der Matrosen in Wilhelmshaven Zivilstreifen gestellt werden, deren ausschließlicher Zweck die Ueberwachung der Mannschaften ist.

An Bord jedes Kriegsfahrzeuges, das im Dezember und Januar von See zurückkehrte, entsendet der Befehlshaber der Nordseestreitkräfte noch vor Einlaufen in Wilhelmshaven einen Ordonanzoffizier. Auf allen diesen Schiffen sind die Matrosen zum Appell gerufen worden. Vor versammelter Front wird ihnen bekanntgegeben, daß auf der „Emden" ein „Dummer-Jungen-Streich" passiert sei. In der Stadt würden sie sofort darauf stoßen: „Die Kommunisten versuchen, euch Material zuzustecken. Ihr müßt sofort jeden verhafter lassen." Bisher haben die Matrosen allerdings noch keinen festgenommen.

Wir haben in den Berichten über die Meuterei der „Emden" betont, daß diese Zersetzung in dem stärksten Machtinstrument der Bourgeoisie ein Zeichen dessen ist, daß die proletarischen Soldatenmassen sich ideologisch zum Klassenkampf entwickeln, ein Prozeß, der für den Bestand der kapitalistischen Herrschaft in das entscheidende Stadium tritt. Darüber sind natürlich die Trustkapitäne entsetzt und ihre Lohnschreiber in der bürgerlichen Presse wettern denn auch gegen die Kommunisten, die, anstatt diese gefährliche Wunde im kapitalistischen Staatsapparat zuschmieren zu helfen, sie noch weiter aufreißen. Die Berliner Börsenzeitung tobte deshalb:

„Die gewissenlose Ausschlachtung des Vorfalls auf dem Kreuzer „Emden" durch die kommunistische Presse zeigt, daß der Kommunismus seine Hoffnung, die Reichswehr durch Verseuchung und Aufhetzung unschädlich zu machen, nicht aufgegeben hat, daß er vielmehr entschlossen ist, zu einer neuen Generaloffensive in der Reichswehr auszuholen."

Eine kommunistische Generaloffensive in der Reichswehr können die Trustmagnaten nicht vertragen, und das Blatt polemisiert spaltenlang gegen die Methoden der Kommunistischen Parteien zur Zersetzung der kapitalistischen Armeen, die von dem Genossen Jaroslawski auf dem 6. Weltkongreß behandelt wurde. Besonders aufgeregt sind die Herrschaften über die Bildung revolutionärer Organisationen in den Truppeneinheiten. Wenn nun bestimmte Mannschaften als Zivilaufklärer ausgebildet werden, deren Aufgabe es ist, ihre Kameraden zu bespitzeln, wenn sie die Kasernen verlassen, die jeden Zivilisten, der mit den Armeeangehörigen spricht, sorgfältig beobachten, um sie gegebenenfalls verhaften zu lassen. Und trotz dieser Sicherungen Meutereien auf der „Emden" und jetzt auf der „Hessen". Es ist ganz klar, daß die Bourgeoisie nervös wird und deshalb im einzelnen gegen die Methoden der kommunistischen Arbeit in der Armee zu Felde zieht. Weiter schreibt das Blatt in der Polemik gegen die Ausführungen Jaroslawskis über die kommunistische Arbeit in den Armeen daß es die Aufgabe dieser Organisationen sei, Unruhe und Unsicherheit in die Armee zu tragen und die Führung der im Augenblick der Revolution schwankenden Elemente zu übernehmen, damit Heer und Flotte „nicht nur neutral" blieben, sondern sogar die Revolution mit Waffengewalt unterstützten". Im allgemeinen seien Meutereien und Einzelaktionen abzulehnen, weil sie eine vorzeitige Zerschlagung der revolutionären Organisationen brächten, sie seien aber gerechtfertigt dort, wo es sich um den Einsatz von Truppen gegen Streiks, Arbeiterbewegungen und Meutereien handle.

Auch der Einsatz von Truppen zur Unterdrückung von aufständischen Kolonien muß unbedingt verhindert werden. Diese revolutionäre Tätigkeit dürfe sich nicht nur auf die weißen Truppen beschränken, sondern müsse sich auch auf die kolonialen und farbigen Truppen erstrecken, die ein besonders dankbares Arbeitsfeld für die kommunistische Propaganda seien. Gerade den farbigen Soldaten müsse klargemacht werden, daß sie sich an ihrer eigenen Rasse und Heimat versündigen, wenn sie ihre Haut für ihre Unterdrücker zu Markte trügen, daß es anderseits aber in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie militärisch ausgebildet würden, um fähig zu sein, diese Waffen mit Aussicht auf Erfolg gegen ihre imperialistischen Unterdrücker zu richten.

Das Blatt schließt mit dem Hinweis, „die Fortschritte, die die kommunistische Wühlarbeit in den letzten zwei Jahren in der französischen Wehrmacht gemacht habe", seien der beste Beweis dafür, daß der Appell Jaroslawskis nicht ungehört verhallt ist.

Wir sind der „Berliner Börsenzeitung" außerordentlich dankbar für die genaue Wiedergabe der Stellungnahme der Kommunistischen Internationale zur antimilitaristischen Arbeit. **Die Kommunisten haben sich zu ihrem Kampf gegen den imperialistischen Krieg immer offen bekannt und führen ihn im internationalen Maßstab durch.** Welchen konkreten Zweck die Berliner Börsenzeitung mit der Veröffentlichung dieser Richtlinien verfolgt, ist freilich nicht ganz ersichtlich. Schließlich kann man den Herren Zörgiebel und Severing nicht gut zumuten, in den Gebäuden der Kommunistischen Internationale in Moskau (für den Bedarfsfall geben wir auch die genaue Adresse an: „Moskau, Mochowaja, Haus der Komintern") eine Haussuchung nach diesen Richtlinien vorzunehmen. Wenigstens würden wir ihm das nicht ohne vorherigen Abschluß einer Lebensversicherung raten.

Ob sie heil zurückkommt?

TU. Wilhelmshaven, 13. Januar. Am heutigen Montagmittag ist der Schulkreuzer „Emden" zum drittenmal zu einer Auslandsreise ausgelaufen, die, wie berichtet, nur vier Wochen dauern wird und nach den westindischen Inseln Nordamerikas führen wird.

Betriebsräte u. Vertrauensleute!

Freitag den 17. Januar, 19.30 Uhr, in den Annensälen Versammlung aller revolutionären Betriebsräte und Vertrauensleute. Thema: Einleitung der Betriebsrätewahlen. Ref.: Gen. Herbert Wehner.

Nehmt in allen Betrieben Stellung zum Landeskongreß!

Steigende Profite — steigende Massennot

Die Organisierung des Kampfes um Lohn und Brot steht auf der Tagesordnung

Dresden, 14. Januar.

Der Reichsbankpräsident hat den Diskontsatz von 7 auf 6½ Prozent herabgesetzt. Die bürgerliche Presse quittiert diesen Beschluß mit jubelnden Meldungen über das **Ansteigen der Kurse für Aktien- und Börsenwerte.** Neue „Lichtblicke" für die Ausbeuter eröffnen sich. Die Arbeiterschaft wird von Verbilligung des Kapitals, die angeblich die „Produktion beleben" und die Arbeitslosigkeit „vermindern" soll, nichts haben. Die Diskontpolitik der Reichsbank ist lediglich eine Quelle zur Profitsteigerung für die Unternehmer. Die in den letzten Wochen veröffentlichten Produktions- und Zahlungsbilanzen der einzelnen Unternehmungen zeigen, daß trotz des Geschreis der Unternehmer über „Kapitalnot" und „schlechten Geschäftsgang"

auch im vergangenen Jahr Riesengewinne gemacht

wurden. Wir wiesen schon darauf hin, daß die Besitzer der Vorzugsaktien der Plauener Spitzen-Manufaktur **70 Prozent Dividende** erhielten, während zur gleichen Zeit die Unternehmer in allen Betrieben des Erzgebirges, der Oberlausitz und in ganz Sachsen vorstoßen, um einen Lohnabbau bis zu 35 Prozent durchzuführen. Obwohl die Unternehmer das Bestreben haben, ihre Riesengewinne zu verschleiern, sie durch Abschreibungen, Uebertragungen usw. verschwinden zu lassen, gelingt es ihnen doch nicht ganz, die Tatsache der Riesengewinne aus der Welt zu manövrieren. So verteilt z. B.

Königs Malzfabrik AG. in Dresden für das Jahr 1928/29 10 Prozent Dividende, während im Vorjahr nur 5 Prozent verteilt wurden,

Die Gasversorgung Ostsachsen AG. in Dresden wird 6 Prozent Dividende verteilen, die Malzfabrik Niedersedlitz AG. in Niedersedlitz bei Dresden wird 10 Prozent verteilen, die Treuhand AG. der Hausbesitzer in Leipzig 20 Prozent, die Firma Pinkau u. Co. AG. in Leipzig 10 Prozent, die Berliner Kindl-Brauerei 24 Prozent, die Dortmunder Ritterbrauerei 20 Prozent, Schultheiß-Patzenhofer 15 Prozent usw. usw. Wenn man berücksichtigt, daß die ausgeschüttete Dividende in den meisten Fällen noch nicht einmal ein Viertel des erzielten Reingewinnes umfaßt, so kann man sich vorstellen, welche Geschäfte die Unternehmer auch im vergangenen Jahre auf Kosten der Arbeiterschaft machen konnten.

Zur gleichen Zeit, wo die Produktionsziffern und die Gewinne in die Höhe schnellen, sinkt der Reallohn der Arbeiterklasse immer tiefer und tiefer. Die Massenerwerbslosigkeit, die Tarifpolitik der Reformisten, die Zoll- und Steuerpolitik der Koalitionsregierung und die dauernde Verteuerung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsgegenstände verringern das Einkommen der werktätigen Massen von Woche zu Woche. Dem Wachstum der Unternehmerprofite steht ein grauenhaftes und lawinenartiges Anschwellen des Massenelends gegenüber.

Für die Arbeiterschaft ist die Aufnahme des Kampfes gegen die Hungeroffensive der Unternehmer, für die Erhöhung der Löhne um mindestens 15 Pfennig pro Stunde, für den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eine entscheidende Frage. Die Arbeiterschaft kann und darf nicht warten mit der Aufnahme des Kampfes, bis die Tarifverträge, die von den Reformisten auf 1, 1½ bis 2 Jahre abgeschlossen wurden, abgelaufen sind. **Ohne Rücksicht auf diese, gegen ihren Willen und ohne ihre Zustimmung abgeschlossenen Lohn- und Arbeitszeitdiktate muß die Arbeiterschaft in allen Betrieben den Kampf für die Durchsetzung der obigen Forderungen aufnehmen.** Die revolutionäre Opposition, die sich die Organisierung und Führung der Kämpfe der Arbeiterschaft zum Ziele gestellt hat, ist bestrebt, **eine einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft ganz Sachsens herzustellen.** Zu diesem Zweck hat sie

für den 25. und 26. Januar nach Chemnitz eine Landeskonferenz der revolutionären Opposition einberufen,

die zu den nächsten Kampfesaufgaben Stellung nehmen wird und entsprechend den Beschlüssen des Reichskongresses der revolutionären Opposition Strategie und Taktik für die Kämpfe der sächsischen Arbeiter herausarbeiten wird. **Der Landeskongreß der revolutionären Opposition ist eine ureigenste Angelegenheit der gesamten sächsischen Arbeiterschaft.** Die „linken" sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer in Sachsen haben in der Vergangenheit zur Genüge bewiesen, daß sie auf Grund ihrer Bejahung der kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates weder in der Lage noch gewillt sind, Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die gesteigerte Ausbeutung und Verelendung zu organisieren und zu führen. **Im Gegenteil. Sie setzen ihre ganze Kraft darein, solche Kämpfe zu verhindern, um die Durchführung des Youngplans und des Scharfmacherprogramms des Verbandes der sächsischen Industriellen nicht zu gefährden.** Die Arbeiterschaft kann deshalb ihre Lage nur verbessern, die Angriffe der Unternehmer abwehren und zur eigenen Offensive übergehen, wenn sie den Kampfeslosungen der revolutionären Opposition folgt, in allen Betrieben Stellung nimmt zum Landeskongreß in Chemnitz und Delegierte wählt, wenn sie in allen Betrieben ein System revolutionärer Vertrauensmänner schafft, die, auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, gewillt sind, ihre Kollegen in allen Fragen zu führen.

Die entscheidende Aufgabe, die vor der sächsischen Arbeiterschaft steht, ist die der Organisierung und Durchführung des Kampfes um Lohn und Brot auch gegen den Willen und gegen die Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Der Landeskongreß muß in dieser Hinsicht aufrüttelnd, mobilisierend und organisierend wirken.

Deshalb nehmt in allen Betrieben Stellung zum Landeskongreß!

Verbindet seine Organisierung und die Wahl von Delegierten mit der Vorbereitung der Wahl roter Betriebsräte.
Schließt eure Kampfesreihen auf dem Boden des vom Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition beschlossenen Kampfprogramms unter Führung der revolutionären Opposition!